

# BERICHTE UND URKUNDEN

---

## VÖLKERRECHT

### Die völkerrechtliche Lage auf dem Balkan

Die Beziehungen der Großmächte zu den Balkanstaaten.  
Balkanentente und Kleine Entente (Tagungen und Beschlüsse).  
Bulgarisch-jugoslawischer Freundschaftspakt.

Die völkerrechtliche Lage auf dem Balkan stand während des verflossenen Jahres unter dem Druck der drohenden Gefahr eines bewaffneten Konflikts zwischen den Großmächten Europas. Die unabsehbaren Folgen eines kaum zu lokalisierenden Krieges veranlaßten kleine und große Mächte zu einer regen Tätigkeit hinsichtlich der Festigung und Erweiterung ihrer Bündnissysteme und ihrer Freundschaftsbeziehungen mit Ländern gleicher Interessen. Dieser Wettbewerb zeigte sich sowohl in der Handlungsweise der Balkan- und der Kleinen Entente, als auch in den verschiedenen Initiativen seitens der anderen auf dem Balkan interessierten Mächte.

Trotz der Losung »der Balkan den Balkanvölkern« blieb der Balkan nicht von dieser Entwicklung verschont. Es scheint auch, daß die Balkan-Staaten sich den Einflüssen von außen gerne zugänglich machten, indem sie für ihre eventuellen Leistungen sich je nach den Umständen gut oder schlecht entschädigen ließen.

Die Abmachungen über gegenseitige Hilfeleistungen im Mittelmeer vom Dezember 1935 zwischen England, Frankreich, Griechenland, Jugoslawien und der Türkei auf Grund des Art. 16 des Völkerbundpaktes, wonach diese Länder im Falle eines von italienischer Seite ausgehenden Konfliktes sich gegenseitige Hilfe versprochen<sup>1)</sup>, ließen trotz ihres Sanktionscharakters und ihrer Abhängigkeit von der Völkerbundssatzung erkennen, daß die englische Politik eine dirigierende Stellung auf dem Balkan einnimmt.

Der französische Einfluß kam in Unterredungen zum Ausdruck, die zwischen den Staatsmännern Frankreichs und den Staatshäuptern der Balkanländer im Januar 1936 in Paris gelegentlich deren Durchreise zur Beisetzung des englischen Königs Georg V. stattfanden.

Bemerkenswert ist insbesondere die Stellungnahme Rumäniens.

---

<sup>1)</sup> Diese Zeitschr. Bd. VI, S. 380 ff.

In einem dem Berichtstatter der französischen Zeitung »Excelsior« gewährten Interview, das in dem Organ des rumänischen Auswärtigen Amtes »L'Indépendance Roumaine« vom 18. 12. 1936 wiedergegeben wurde, erklärte der König die Bereitschaft der rumänischen Armee zu einer vorbehaltlosen Zusammenarbeit mit der französischen mit den Worten: »Là où se trouvera l'armée française l'armée roumaine sera toujours présente«.

Der anscheinend in Paris unternommene Versuch, Bulgarien zum Eintritt in den Balkanpakt zu bewegen, blieb jedoch ohne Erfolg. Eine Erklärung des bulgarischen Ministerpräsidenten brachte zum Ausdruck, daß Bulgarien an seinem bisherigen Standpunkt zugunsten zweiseitiger Nichtangriffspakte mit den Ländern der Balkan-Entente festhält und für eine Politik im Rahmen des Völkerbundes eintritt <sup>1)</sup>.

Die Reise des englischen Königs nach Jugoslawien, Griechenland, der Türkei und Bulgarien im August/September 1936 und der daraufhin erfolgte Besuch der türkischen Flotte in Malta im November 1936 unterstrichen von neuem das Interesse Englands für den Balkan und seine Bestrebung für die Festigung der freundschaftlichen Beziehungen mit den Balkanländern.

Die Vorteile des englischen und französischen Interesses für den Balkan machten sich bald bei einzelnen Balkanländern spürbar. Der Hauptnutznießer war die Türkei. Die die Souveränität der Türkei weitgehend einschränkende völkerrechtliche Stellung der Meerengen nach dem Abkommen von Lausanne vom 24. Juli 1923 erfuhr auf der Konferenz von Montreux eine für die Türkei günstige Änderung <sup>2)</sup>.

Das erfolgreiche Vorgehen der Türken in Montreux schien Schule zu machen. Noch während der Konferenz äußerte der rumänische Außenminister Titulesco die Absicht, im gegebenen Augenblick die Frage der Aufhebung der europäischen Donaukommission durch direkte Verhandlungen mit England, Frankreich und Italien aufzurollen <sup>3)</sup>. Die Absetzung Titulescos ließ jedoch seine Wünsche noch nicht zur Erfüllung kommen.

Ermuntert durch den Erfolg von Montreux versuchte die Türkei einen neuen Schachzug in der Frage des Sandschaks Alexandrette <sup>4)</sup>. Gelegentliche Erklärungen des türkischen Außenministers Rüstü Aras ließen durchblicken, daß die Türkei nicht ohne Unterstützung gewisser Großmächte vorging.

Der Gegenzug der italienischen Politik auf dem Balkan war die

<sup>1)</sup> Zeitung Zora (Sofia) vom 16. 2. 1936.

<sup>2)</sup> Diese Zeitschr. Bd. VI, S. 723 ff.

<sup>3)</sup> Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 30. 7. 1936; Pester Lloyd vom 1. 8. 1936.

<sup>4)</sup> Über die Vorgänge wird im nächsten Heft der Zeitschrift gesondert berichtet werden.

Annäherung zwischen Albanien und Italien. Schon der Verzicht Albaniens, sich an den Sanktionen zu beteiligen <sup>1)</sup>, und noch mehr das Abkommen zwischen beiden Ländern vom März 1936 zeigte, daß sich Italien seine Vormachtstellung in Albanien gesichert hat.

Neben den wirtschaftlichen Klauseln, worin sich Italien verpflichtet, der albanischen Regierung eine Summe von 100 Millionen Lire in jährlichen Raten von 10 Millionen Lire zur Verfügung zu stellen und als Gegenleistung neue Konzessionen über Ölfelder erhält, sind auch andere wichtige Vereinbarungen militärischer und politischer Art getroffen <sup>2)</sup>.

Die militärischen Klauseln — Entsendung einer italienischen Militärmission von 50 höheren Offizieren, Erhöhung der Armee von 4000 auf 10000 Mann, Übergang der Gendarmerie unter die Leitung der Italiener, während die englischen Instruktoren das Land allmählich verlassen — zeigen, wenn man das Verhältnis zwischen der zahlenmäßigen Größe der albanischen Armee und derjenigen der italienischen Militärmission in Betracht zieht, klar den Umfang des italienischen Einflusses in den Militärangelegenheiten Albaniens. Eine enge Zusammenarbeit des italienischen und des albanischen Generalstabes bezüglich der Befestigung der Otrantostraße wird nicht ausbleiben.

Von nicht geringer Bedeutung ist die Vereinbarung, wonach die Verwaltung Albaniens unter die Leitung der Italiener gestellt wird. Italienische Instruktoren und Kontrolleure werden als albanische Beamte an führenden Stellen eingesetzt. Sie werden aus den entsprechenden Ressorts der italienischen Verwaltung genommen, ohne nach Austritt aus dem albanischen Dienst ihre Rechte auf Beförderung in Italien zu verlieren. Welche politischen Folgen diese Vereinbarungen für die weitere Entwicklung Albaniens haben werden, ist noch nicht zu übersehen.

Schon früher wurde gegen König Zogu der Vorwurf erhoben, daß er durch die Annäherung an Italien, bzw. durch die Pakte von 1926 <sup>3)</sup> und 1927 <sup>4)</sup>, Albanien zu einer italienischen Kolonie gemacht habe <sup>5)</sup>. Die Gestaltung der Beziehungen zwischen Italien und Albanien zeigte jedoch, daß dieses auch nach dem Abschluß der genannten Pakte fest entschlossen blieb, seine Unabhängigkeit auch gegenüber seinem Beschützer zu verteidigen <sup>6)</sup>. Dank der italienischen Hilfe konnte jedoch die albanische Regierung den Sieg der Zentralgewalt über die einzelnen

<sup>1)</sup> Actes de la XVI<sup>e</sup> Ass. pl., p. 114.

<sup>2)</sup> Näheres darüber in *Revue Politique et Parlementaire* Nr. 498 vom 10. 5. 1936, S. 223 ff.

<sup>3)</sup> *Patto di amicizia e di sicurezza* vom 27. 11. 1926: *Martens* 3 NRG. XVII, S. 12.

<sup>4)</sup> *Trattato di alleanza difensiva*, unterzeichnet in Tirana am 22. 11. 1927: *Martens* 3 NRG. XIX, S. 7.

<sup>5)</sup> Vgl. auch diese Zeitschr. Bd. IV, S. 611 f.

<sup>6)</sup> Diese Zeitschr. Bd. IV, S. 878 f.

Stämme, die jedes Nachbarland durch Versprechungen und Subventionen leicht in Aufruhr zu bringen imstande war, sichern.

Der Regierungswechsel in Albanien im November 1936 scheint nicht ohne Zusammenhang mit den Beziehungen zu Italien zu sein. Die zurückgetretene Regierung unter der Leitung Mechdi Frasheris stammte aus der Partei der »Jungen« bzw. der radikalen Fortschrittler und Nationalisten. Diese Regierung kam im Oktober 1935 trotz des oppositionellen Parlaments ans Ruder. Ihre Berufung galt damals als ein Zeichen der Versöhnung des Königs mit den »Jungen«, deren Führer Frascheri selbst und van Noli, der bekannte Rivale von König Zogu, waren. Das politische Programm der »Jungen« sah eine rasche Modernisierung des Landes vor.

Die Regierung mußte jedoch infolge einer für sie ungünstigen Abstimmung über eine Vorlage des Ministers für öffentliche Arbeiten im Parlament zurücktreten. Man glaubt, daß dieser Regierungswechsel nicht ohne Billigung des Königs erfolgt sei. Diese Vermutung wird auf die Tatsache gestützt, daß das Parlament, das eigentlich schon seine Legislaturperiode beendet hatte, eher als die Regierung hätte abgehen müssen. Welche Erwägungen den König zu dem Entschluß geführt haben, die Staatsgeschäfte einer anderen Regierung anzuvertrauen, ist vorläufig schwer zu sagen. Jedoch scheint es nicht ausgeschlossen, daß der König zu dieser Entscheidung deshalb gezwungen war, weil er eine reibungslose Zusammenarbeit der Regierung der von einem gleichgesinnten Parlament unterstützten nationalistisch gesinnten »Jungen« mit den italienischen Fachleuten für aussichtslos hielt. Nebenbei sei auch bemerkt, daß schon jetzt Differenzen zwischen den Regierungen Albaniens und Italiens infolge der Entwertung der italienischen Währung entstanden sind.

Der Abschluß des Abkommens zwischen Italien und Albanien blieb nicht ohne Rückwirkungen auf die Beziehungen auf dem Balkan. Die erste Folge der militärischen Einquartierung Italiens in Albanien war die Präzisierung der Verpflichtungen der Partner der Balkanentente über ihre gegenseitige Hilfeleistung im Falle eines Krieges auf dem Balkan<sup>1)</sup>. Diese Frage stand im Mittelpunkt der Verhandlungen der im Anfang Mai in Belgrad abgehaltenen Tagung des Ständigen Rates der Balkanentente; hierbei hat sich der griechische Standpunkt im Sinne der früher von der griechischen Regierung und Kammer gegebenen Auslegung des Balkanpaktes, daß die Grenzen Albaniens im Falle einer Kriegsallianz zwischen Italien und Albanien nicht als balkanische Grenzen anzusehen seien, durchgesetzt.

<sup>1)</sup> Diese Zeitschr. Bd. VI, S. 582.

Nach der Aufhebung der Sanktionen gegen Italien seitens des Völkerbundes trat eine günstige Wendung in den Beziehungen zwischen Italien und den Balkanstaaten ein. Dies kam in der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen und in einigen Handelsverträgen zum Ausdruck, die an Stelle der von Italien anlässlich der Anwendung der Sanktionen gekündigten Verträge treten sollten.

Entgegenkommen gegenüber Italien zeigte besonders Rumänien. Beinahe die ganze rumänische Presse befürwortete eine italienfreundliche Politik. Die Absetzung des Außenministers Titulesco wird vielfach auf den Wunsch des Königs und der Regierung Tatarescos zurückgeführt, freundlichere Beziehungen mit Italien anzubahnen<sup>1)</sup>. Diese Beziehungen waren infolge der russenfreundlichen Einstellung Titulescos nicht die besten. Sie haben sich auch nach den Worten Titulescos »chassez les sauvages« in der Völkerbundsversammlung anlässlich der Demonstration der italienischen Journalisten gegen den Negus nicht gebessert.

Die Rede Mussolinis in Mailand am 1. November 1936 hat einen Sturm von Protesten gegen den italienischen Regierungschef in Rumänien hervorgerufen, weil dieser sich für die Revision der Verträge erklärt und insbesondere die revisionsbedürftige Lage Ungarns betont hat. Nach einigen Wochen, in denen viel Tinte verschwendet wurde und zahlreiche Protestversammlungen mit Reden von bedeutenden Politikern stattfanden, lenkte die rumänische Presse ein und empfahl der Öffentlichkeit ein ruhigeres Verhalten, da die Revisionserklärungen Mussolinis doch wohl nicht gegen Rumänien gerichtet waren.

Als Zeichen ihrer versöhnlichen Haltung ist die Ende Dezember von der rumänischen Regierung erbetene Genehmigung zur Errichtung eines rumänischen Konsulats in Addis Abeba anzusehen<sup>2)</sup>. Die bulgarische Regierung hat ebenfalls das Agreement zur Errichtung eines Konsulats in Addis Abeba nachgesucht<sup>3)</sup>.

In den zufolge der Vorgänge um die Verhandlungen der Meerengenfrage in Montreux<sup>4)</sup> etwas gespannten Beziehungen zwischen Italien und der Türkei scheint nun eine Wandlung zur gegenseitigen Verständigung einzutreten. Die Zusammenkunft des italienischen und des türkischen Außenministers in Mailand am 3. Februar 1937 brachte, wie das folgende Kommuniqué besagt, die Feststellung, daß keine Frage besteht, über die die beiden Länder sich nicht einigen könnten und daß volles Vertrauen zwischen beiden Ländern herrscht.

1) Vgl. das Telegramm Antonescos an Graf Ciano bei Übernahme des Außenministeriums, Temps vom 5. 9. 1936.

2) L'Indépendance Roumaine vom 30. 12. 1936.

3) La Parole Bulgare vom 3. 2. 1937.

4) Diese Zeitschr. Bd. VI, S. 723 ff.

»MM. Rüstü Aras et Ciano ont eu un large échange de vues, au cours duquel ils ont procédé, dans l'esprit du traité italo-turc du 30 mai 1928, à l'examen des différentes questions intéressant les deux pays, et des questions d'ordre général, particulièrement celles concernant la convention de Montreux sur le régime des Détroits et la position respective de l'Italie et de la Turquie dans la Méditerranée orientale.

Cet examen amical et détaillé par les deux ministres a montré qu'aucune question ne divise l'Italie et la Turquie et qu'il ne saurait exister dans les relations entre les deux pays que des sentiments de confiance réciproques.

Les deux ministres ont constaté en outre la volonté et l'utilité pour les deux gouvernements de coopérer dans l'intérêt des rapports italo-turcs, aussi bien que dans le but d'agir d'une manière générale en faveur de la paix et de la stabilité. A cet effet les deux ministres des affaires étrangères ont été d'accord pour continuer à se tenir en contact par la voie normale.«<sup>1)</sup>

\*       \*       \*

Die Hauptexponenten der Politik auf dem Balkan blieben jedoch die Balkan- und die Kleine Entente.

Die Balkanentente setzte ihre Bemühungen für die Verwirklichung der durch den Balkanpakt und seiner Annexe gesteckten Ziele fort. In dieser Richtung ist sie hinsichtlich ihres politischen Wirkungsbereichs trotz der erhöhten diplomatischen Tätigkeit nicht über die Grenzen der engen Balkanpolitik hinausgegangen, deren Ziel in erster Linie der Schutz der Balkanententepartner gegen den bulgarischen Revisionismus ist.

Die Konferenz des Ständigen Rats der Balkanentente, am 24. Januar 1936 in Genf, stellt nur die Einheitlichkeit der Ansichten der vier Partner fest.

Dagegen hatte die Konferenz vom Mai 1936 in Belgrad einen sehr delikaten Gegenstand zu behandeln, und zwar, wie schon oben erwähnt wurde, die Präzisierung der gegenseitigen Verpflichtungen der vier Staaten der Balkanentente im Falle eines bewaffneten Konflikts zwischen einem Partner der Balkanentente und einem anderen Balkanstaat, der von einer nichtbalkanischen Macht unterstützt wird.

Mit Rücksicht auf die friedliche Politik Bulgariens, die sich streng im Rahmen des Völkerbündpaktes bewegt, ist die Auswirkung des Balkanpaktes in außenpolitischer Hinsicht nur für die diplomatische Zusammenarbeit der vier Balkanländer und ihr gemeinsames Vorgehen bei zwischenstaatlichen Abmachungen von Bedeutung. Wie dies bei der Konferenz in Montreux der Fall war.

Die Tätigkeit der Balkanentente entfaltete sich unter diesen Umständen vor allem auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete.

<sup>1)</sup> Le Messenger d'Athènes vom 4. 2. 1937.

Der Wirtschaftsrat der Balkanentente tagte im Laufe des verfloßenen Jahres zunächst in Bukarest vom 17. bis 24. Januar. Das zu diesem Anlaß herausgegebene Communiqué<sup>1)</sup> bringt ein breites Wirtschaftsprogramm der vier Partner, das die Handelsbeziehungen, insbes. Währungsfragen, das Verkehrswesen (Post und Telegraphenkonvention sowie Luftfahrtsübereinkommen) und Fragen des Touristenverkehrs umfaßt.

Die nächste Tagung fand entsprechend den Bukarester Beschlüssen vom Januar in Bled vom 10. bis 15. Juli statt. Der Gegenstand der Beratungen war die Verwirklichung des in den früheren Tagungen aufgestellten Wirtschaftsprogramms. Gleichzeitig wurden drei Kommissionen eingesetzt, deren Aufgabe darin bestand, die verschiedenen Fragen aus dem Bereiche des Außenhandels, des Verkehrs und des Fremdenverkehrs nachzuprüfen und die Mittel zu ihrer Lösung vorzuschlagen. Über die finanzielle Zusammenarbeit hat der Wirtschaftsrat ein Zusammentreffen der vier Direktoren der Emissionsbanken der Balkanländer beschlossen, die die Bedingungen dieser Zusammenarbeit festlegen sollten.

Diese Konferenz hat vom 17. bis 19. Dezember in Athen stattgefunden.

Es wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1) La nécessité, surtout pour les pays qui ont effectué l'alignement monétaire, d'atténuer et autant que possible d'abandonner le système des restrictions aux importations de marchandises et en général des restrictions concernant les facteurs de production y compris la main-d'œuvre qui constitue un élément actif important de la balance des comptes. En même temps ils ont reconnu qu'il est souhaitable de renoncer progressivement au système des clearings ou au moins d'arriver à l'assouplissement de leur structure en tenant compte des particularités de chaque pays. Il est également à désirer qu'un système plus libéral et plus naturel des échanges soit généralisé à la suite, si nécessaire, d'une action internationale.

2) Considérant par ailleurs la situation monétaire et financière de leurs pays respectifs et la nécessité de maintenir la stabilité de leur monnaie et de contribuer de cette manière, à leur tour, à l'amélioration des conditions des échanges internationaux, estiment qu'il est souhaitable de faire prévaloir la nécessité d'aménager les dettes publiques extérieures. Ce principe de l'aménagement des dettes extérieures aurait pour conséquence ou corollaire logique aussi la revision des stipulations relatives à la clause or.

Les quatre Gouverneurs ont eu l'occasion de constater dans leurs entretiens l'intérêt que présentait une collaboration effective entre les quatre Banques Centrales. Pour lui assurer un caractère permanent et les meilleurs résultats en vue du développement des relations réciproques, les Gouverneurs ont été d'accord d'organiser auprès des Banques Centrales des Sections spécialement chargées d'étudier la situation écono-

<sup>1)</sup> Les Balkans, Sept. 1936, S. 92 ff.

mique et financière des Pays de l'Entente Balkanique et de tenir à jour la documentation s'y référant. Pour faciliter la tâche de ces Sections, les Banques se communiqueront mutuellement les renseignements et données statistiques et financières les concernant et serviront aussi d'intermédiaire intercédant auprès des institutions compétentes en vue d'obtenir les renseignements ou les données nécessaires.

Les Gouverneurs se déclarent aussi prêts à faire étudier toutes les possibilités en vue de contribuer au développement des relations économiques déjà existantes entre les quatre Pays et par suite à aider dans la plus grande mesure possible l'augmentation du volume des échanges commerciaux et réciproques.

Les Banques Centrales des Pays de l'Entente Balkanique prendront également toute mesure, relevant de leur compétence, et susceptible de contribuer à faciliter les formalités imposées par le régime des changes et d'en simplifier l'administration.

Les sous-commissions instituées pour examiner les accords de paiement des Pays de l'Entente Balkanique entre eux ont abouti à des modalités pratiques de nature à pouvoir applanir certaines difficultés actuellement existantes ainsi qu'à contribuer au bon fonctionnement des dits accords.

Les quatre Gouverneurs ont enfin envisagé également leur activité commune au sein de la Banque des Règlements Internationaux étant donné l'importance des problèmes qui sont discutés et résolus. Dans ce but il serait souhaitable que l'Entente Balkanique soit représentée au Conseil d'Administration de cette Banque Internationale <sup>1)</sup>.

Schließlich hat eine Schifffahrtskonferenz am 25. Oktober in Piräus stattgefunden.

Aus der Tätigkeit der Balkanentente in militärischer Hinsicht ist die durchgeführte Zusammenarbeit der Generalstäbe der vier Balkanländer hervorzuheben. Im November 1936 wurde eine Konferenz von Vertretern der Generalstäbe der vier Länder in Bukarest zusammengerufen. Der Gegenstand der Beratungen wurde der Öffentlichkeit im einzelnen nicht mitgeteilt. Nach Zeitungsmeldungen soll die Aufgabe dieser Konferenz, wo auch der französische Generalstab vertreten werden sollte, die Ausarbeitung eines Militärabkommens bzw. eines gemeinsamen militärischen Planes im Rahmen des Balkanpaktes gewesen sein <sup>2)</sup>.

Endlich ist die Gründung des Verbandes der Presse der Balkanentente hervorzuheben. Die ersten Gedanken zur Gründung eines solchen Verbandes sind schon während der Tagung des Ständigen Rates in Bukarest im Mai 1935 aufgetaucht. Aus dem im Anhang abgedruckten Statut, das am 13. Juni 1936 von den Vertretern der vier Länder ausgearbeitet wurde, sind die näheren Ziele des Verbandes zu ersehen <sup>3)</sup>.

Abgesehen von den regelmäßigen Tagungen des Ständigen Rates

1) Le Messenger d'Athènes vom 20. 12. 1936.

2) Temps vom 4. 11. 1936. Berliner Tageblatt vom 5. 11. 1936.

3) unten S. 112 f.

und des Wirtschaftsrates der Balkanentente haben mehrere Zusammenkünfte zwischen den Staatsmännern einzelner Länder der Balkanentente stattgefunden. Außer den mehrfachen Besuchen des türkischen Außenministers Rüstü Aras bei seinen Verbündeten, stattete der jugoslawische Ministerpräsident Stojadinovitsch im Oktober 1936 einen Besuch in Ankara ab, wo er Unterredungen mit der Regierung und dem Präsidenten der Republik geführt hat. Das Kommuniqué über diesen Besuch spricht von den Bestrebungen beider Länder zur Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen, was in dem gleichzeitig abgeschlossenen Handelsvertrag zum Ausdruck kommt. Darüber hinaus wurde eine Zusammenarbeit der türkischen und der jugoslawischen Universitäten durch Austausch von Professoren und Studenten beschlossen<sup>1)</sup>.

Aus den Beziehungen zwischen Jugoslawien und Rumänien ist der Abschluß des Abkommens zum Bau einer Donaubrücke bei Turnu-Severin zu erwähnen<sup>2)</sup>. Die rumänischen und die jugoslawischen Eisenbahnen erhalten damit eine direkte Verbindung in nord-südlicher Richtung. Strategisch ist daran vor allem die so hergestellte direkte Verbindung mit den Eisenbahnen der Tschechoslowakei und Polens bedeutsam.

Die Tätigkeit der Kleinen Entente beruhte zunächst auf der Initiative der Tschechoslowakei. Schon bei seinem Besuch am 22. und 23. Februar 1936 in Belgrad hatte der tschechoslowakische Ministerpräsident Hodza einen Plan für eine enge Zusammenarbeit der Länder der Kleinen Entente mit den Ländern im Donaauraum unter Berücksichtigung der französischen Sicherheitsbestrebungen vorgeschlagen. Obwohl das damals herausgegebene Kommuniqué von der Übereinstimmung der Ansichten des tschechoslowakischen und des jugoslawischen Ministerpräsidenten spricht, hat die jugoslawische Presse einem solchen Plan gegenüber Vorsicht empfohlen. Die Vorschläge Hodzas blieben zunächst Projekt. Doch zeigt das Kommuniqué über die Tagung des Wirtschaftsrates der Kleinen Entente vom 12.—19. Oktober, daß auf seiner Grundlage eine Anzahl konkreter Vereinbarungen getroffen worden sind<sup>3)</sup>.

Die Tagung der Kleinen Entente Anfang Mai hat die Übereinstimmung der drei Partner in den Fragen Mitteleuropas zum Ausdruck gebracht.

Im Vordergrund der Beratungen stand die Frage der Habsburger und die Wiederherstellung der Wehrhoheit in Österreich<sup>4)</sup>.

1) L'Echo de Belgrade vom 4. 11. 1936.

2) L'Indépendance Roumaine vom 24. 11. 1936.

3) S. unten S. 107.

4) Vgl. diese Zeitschr. Bd. VI, S. 578 ff.

Auf der Tagung der Kleinen Entente in Bratislava Ende September sind dieselben politischen Fragen wie im Mai in Belgrad aufgetreten. Aus dem Schlußkommuniqué über diese Tagung geht hervor, daß die Kleine Entente der Frage der Habsburger unverändert gegenübersteht und daß eine Regelung der verschiedenen Fragen in Mitteleuropa wie auf dem Balkan nur im Rahmen des Völkerbundes geschehen soll. Es lautet wie folgt:

»Le Conseil Permanent des Etats de la Petite Entente s'est réuni à Bratislava les 13 et 14 septembre 1936, sous la présidence de M. Kamille Krofta, ministre des Affaires étrangères de Tchécoslovaquie.

I. Après un examen détaillé de la situation générale et de tous les problèmes intéressant particulièrement les trois pays, le Conseil a constaté que les lignes fondamentales de la politique commune demeurent telles qu'elles ont été définies et proclamées à la dernière session du Conseil tenue à Belgrade au début du mois de mai. Les trois Etats restent décidés à pratiquer dans le plus loyal effort la politique traditionnelle de la paix générale et de leur propre sécurité. Ils restent de même profondément attachés à l'idée de la collaboration possible sur le terrain aussi bien politique qu'économique et sont disposés à travailler à la réalisation de cette idée avec tous les pays animés de la même bonne volonté.

II. Un des principaux éléments de cette politique demeure pour eux la S. D. N. Malgré les difficultés qu'elle traverse en ce moment, les trois Etats restent fidèles à ses principes, étant persuadés que l'institution genevoise garde toute son importance en vue du règlement durable des rapports entre les Etats. C'est pourquoi les trois Etats se déclarent prêts à s'associer seulement aux efforts susceptibles de renforcer l'autorité de la S. D. N. en vue du maintien et de l'organisation de la paix.

III. Les ententes régionales que la Petite Entente a préconisées dès l'année 1921 constituent à son avis un élément important à cet effet. Le nouveau règlement de l'ensemble des questions en relation avec le Pacte de Locarno fera l'objet de l'attention particulière des Etats de la Petite Entente. Le système de sécurité ainsi établi ne saurait cependant rester limité à l'occident, car une telle solution partielle ne résoudrait en aucune manière le problème de la sécurité européenne générale et n'apporterait pas, par conséquent, l'apaisement indispensable à la reconstruction économique dont l'Europe et le monde ont tellement besoin.

Les trois Etats de la Petite Entente ont toujours plaidé la nécessité d'un système qui complète l'organisation de la paix. Ils maintiennent cette manière de voir. Comme toutefois, il est incertain que l'on puisse aboutir à bref délai à ce résultat si désiré, les trois Etats n'abandonnent en rien les principes dont s'est toujours inspirée leur politique commune et ont pris la décision de renforcer leur sécurité en joignant encore plus intimement et effectivement leurs forces, tout en continuant bien entendu à entretenir avec d'autres pays les rapports de vive et étroite coopération que chacun d'entre eux a réussi à établir.

IV. Quant aux autres pays, les trois Etats ne cesseront de continuer leurs efforts afin de maintenir avec eux les relations les meilleures. Cela vaut en premier lieu pour les Etats limitrophes avec lesquels ils désirent entretenir et développer le plus possible des rapports de bon voisinage. Le maintien de cette situation dépend aussi toutefois de l'attitude de ces

autres Etats. Les pays de la Petite Entente regrettent donc profondément que leurs relations avec l'Autriche aient eu à souffrir du fait de la répudiation des engagements militaires du traité de St. Germain. Le procédé auquel a eu recours la Turquie dans la question des Détroits prouve qu'il y a aussi d'autres méthodes que celle du fait accompli, qui ne peut que nuire aux bons rapports entre les Etats.

D'ailleurs les pays de la Petite Entente, tout en exprimant l'espoir que de semblables infractions aux engagements existants ne se renouvelleront pas, se sont mis d'accord sur les dispositions à prendre en pareil cas.

V. Vu les discussions au sujet des régimes intérieurs dans les divers pays européens, surtout à la suite des événements d'Espagne, les Etats de la Petite Entente déclarent d'une manière catégorique ce qu'ils ont déjà souligné entre eux à plusieurs reprises: ils continuent à pratiquer scrupuleusement la politique de nonimmixtion dans les affaires intérieures de n'importe quel pays. Ils ne toléreront en aucun cas l'immixtion d'un autre pays dans leurs propres affaires et dans n'importe quelle question de leur politique intérieure, comme ils s'abstiennent rigoureusement de pratiquer dans n'importe quelle circonstance la politique d'intervention vis à vis des pays étrangers. Ils affirment en tout la politique du respect du régime intérieur de chaque pays. Car toute autre politique pourrait accentuer encore la tension pour les différents pays européens.

VI. Une attention particulière a été consacrée par le Conseil à la question de l'approfondissement des rapports économiques au sein de la Petite Entente et à celle du rapprochement dans le même domaine avec les autres pays de l'Europe centrale, rapprochement dont M. Hodža, président du Conseil Tchécoslovaque, avait pris précédemment l'initiative.

Le Conseil économique de la Petite Entente, qui se réunit à Bucarest au mois d'octobre prochain, examinera les projets établis par les experts ainsi que d'autres possibilités de l'extension des rapports économiques au sein de la Petite Entente.

Le Conseil Economique aura également à s'occuper de la question du rapprochement économique en Europe centrale.

VII. L'institution existante des conférences périodiques des chefs des services officiels de presse ayant donné de bons résultats, le Conseil décide de la transformer en un organisme permanent, auxiliaire du Conseil Permanent de la Petite Entente.

VIII. La session ordinaire prochaine du Conseil sera tenue à Genève à l'occasion de l'Assemblée de la S. D. N.<sup>1)</sup>

Gelegentlich der Tagung des Völkerbundsrates ist der Ständige Rat der Kleinen Entente Ende September in Genf zusammen getreten. Ein Kommuniqué vom 2. Oktober 1936<sup>2)</sup> betont die Entschlossenheit der Regierungen, wie bisher ihre Politik im Rahmen des Völkerbundes fortzusetzen.

Anlässlich der Konferenz der Vertreter Italiens, Ungarns und Österreichs in Wien Mitte November, über die ein Kommuniqué mit der Forderung der militärischen Gleichberechtigung herausgegeben wurde,

<sup>1)</sup> L'Echo de Belgrade vom 16. 9. 1936.

<sup>2)</sup> L'Indépendance Roumaine vom 2. 10. 1936.

haben die drei Partner der Kleinen Entente eine offizielle Verlautbarung an die Presse gegeben <sup>1)</sup>, worin sie an ihre Erklärung vom Mai 1933 erinnern, in der die Staaten der Kleinen Entente im Prinzip die Rüstungsgleichheit für Österreich und Ungarn anerkannt haben, aber nur unter der Voraussetzung, daß diese durch freie Verhandlungen und begleitet von formellen Sicherheitsgarantien festgelegt werde.

Aus der Tätigkeit der Kleinen Entente im Bereiche der Wirtschaftsfragen sei die Tagung des Ständigen Wirtschaftsrats vom 12. bis 19. Oktober 1936 erwähnt. Der Hauptgegenstand der Verhandlungen waren die Handelsbeziehungen der drei Länder untereinander, der Plan Hodžas über eine wirtschaftliche Zusammenarbeit der Länder im Donaauraum, die Beseitigung der Visa, die Schifffahrt über die Donau, das Postwesen, die Ausstellungen, die sozialen Versicherungen und die Kongresse der Handelskammern.

Die von den Vertretern der Staaten der Kleinen Entente eingesetzte Kommission für die Regelung der gemeinsamen Fragen bezüglich der Eisenbahnlinsen hat ebenso ihre Aufgabe in vollem Einvernehmen gelöst, indem sie die geeigneten Vorschläge gemacht hat.

Aus dem militärischen Bereich ist die Zusammenkunft der Vertreter der Generalstäbe der drei Länder in Bukarest Mitte Juni hervorzuheben. Wie bekannt, finden die gemeinsamen Beratungen der Generalstäbe der drei Länder jedes Jahr zweimal statt. Der erwähnten Zusammenkunft in Bukarest hat man eine besondere Bedeutung beigemessen. Über den Gegenstand der Beratungen wurde jedoch in der Öffentlichkeit nichts genaues bekannt <sup>2)</sup>.

Gleichzeitig mit den Bestrebungen im Rahmen der Kleinen Entente versuchte Rumänien seine Beziehungen mit Polen zu erweitern und zu festigen. Ende November 1936 besuchte der rumänische Außenminister Warschau. Die Unterredungen waren von besonderer Tragweite und hatten insbesondere die Bestätigung und den Ausbau der bestehenden Bündnisbeziehungen zum Gegenstand. Aus dem nachstehenden Kom-muniqué ist die vorgesehene Zusammenarbeit der Generalstäbe beider Länder hervorzuheben. Der Besuch des Chefs des rumänischen Generalstabs, General Samsonovici, ist kurz darauf erfolgt.

Au cours de sa visite en Pologne, M. Victor Antonesco, ministre des affaires étrangères de Roumanie, a eu avec M. Joseph Beck, ministre des affaires étrangères de Pologne, des conversations au cours desquelles, après avoir examiné toutes les questions intéressant les deux Etats, les deux ministres ont constaté la concordance parfaite de vues de leurs gouvernements et se sont déclarés convaincus de la nécessité de maintenir avec vigilance, dans la situation actuelle, le contact le plus intime entre eux.

<sup>1)</sup> L'Echo de Belgrade vom 18. 11. 1936.

<sup>2)</sup> Vgl. Völk. Beob. vom 14. 6. 1936, DAZ. vom 15. 6. 1936, Temps vom 15. 6. 1936.

Ils ont constaté notamment que l'alliance qui unit les deux Etats s'est toujours avérée comme correspondant entièrement au sentiment profond des deux nations, ainsi qu'aux buts pour lesquels elle a été conclue, et qu'elle constitue un des éléments constructifs et efficaces de la stabilisation des relations internationales et de la sécurité en Europe.

Les deux ministres ont affirmé leur décision commune de maintenir intacts, en toutes circonstances les principes établis dans le traité de garantie entre la Pologne et la Roumanie, afin de conserver en pleine efficacité, dans toute nouvelle organisation de l'Europe, les avantages résultant pour les deux pays de cette alliance.

A cet effet, les deux ministres se sont déclarés prêts à développer l'alliance sur tous les terrains de la vie pratique et à adapter les intérêts des deux pays aux nécessités impérieuses de la situation actuelle.

Ils ont envisagé notamment la prochaine visite à Varsovie du ministre de l'Instruction Publique de Roumanie, celle du chef d'état major de l'armée roumaine, ainsi qu'une visite du gouverneur de la Banque Nationale de Roumanie au gouverneur de la Banque de Pologne.

Animés de l'esprit d'amitié et de confiance mutuelle qui caractérise les relations entre les deux pays et désireux de resserrer encore davantage le contact entre les vies intellectuelles des deux nations, les deux ministres ont procédé à la signature d'une convention relative à la collaboration culturelle entre la Roumanie et la Pologne, ainsi que de deux procès-verbaux, dont l'un prévoit la coopération directe des ministres de l'Instruction Publique et l'autre assure la participation des deux gouvernements à la mise en œuvre de la collaboration des organisations polonaises et roumaines chargées de l'éducation de la jeunesse.

Les deux ministres ont également saisi cette occasion pour effectuer l'échange des documents de ratification de la convention et du protocole relatifs à la délimitation de la frontière polono-roumaine «<sup>1)</sup>).

\*     \*     \*

Im Mittelpunkt der zwischenstaatlichen Abmachungen auf dem Balkan steht der am 24. Januar 1937 in Belgrad unterzeichnete Freundschaftspakt zwischen Bulgarien und Jugoslawien<sup>2)</sup>.

Der Pakt mag für manche eine Überraschung gewesen sein. Nach langer Vorbereitung scheint die entscheidende Wendung durch den Abschluß des Abkommens zwischen Albanien und Italien im März 1936 und durch die in diesem Zusammenhang im Schoße der Balkanentente auf der Tagung in Belgrad im Mai 1936 entstandene Lockerung gebracht worden zu sein. Nach den Beschlüssen der Konferenz im Sinne des griechischen Standpunktes blieb Jugoslawien auf dem Balkan gegenüber seinem großen Nachbarn Italien isoliert. Eine Rückversicherung

<sup>1)</sup> L'Indépendance Roumaine vom 1. 12. 1936.

<sup>2)</sup> Ein früherer Freundschaftspakt Bulgariens mit einem Balkanstaat ist der bulgarisch-türkische Vertrag vom 6. März 1929. — Traité de neutralité, de conciliation, de règlement judiciaire et d'arbitrage, Martens 3 NRG. XXVIII, 704.

auf dem Balkan war demnach das Gebot der Stunde. Als Minister Stojadinovitsch im Oktober nach Ankara fuhr, stattete er bei seiner Rückreise am 3. November 1936 einen Besuch in Bulgarien ab, wo er auch von dem König zu einer langen Unterredung empfangen wurde. Zu den geführten Besprechungen mit dem König und mit der bulgarischen Regierung erklärte der jugoslawische Ministerpräsident, daß die Beziehungen zwischen den beiden Ländern sich hoffnungsvoll entwickelten<sup>1)</sup>.

Wie der Text des Paktes zeigt, besteht dieser, abgesehen von dem Art. 2, der rein formeller Art ist, nur aus einer Bestimmung: Es soll unverletzlicher Friede und aufrichtige immerwährende Freundschaft zwischen den beiden Staaten bestehen. Trotz ihrer lapidaren Form läßt die Bestimmung eine Reihe von Rechtsfragen aufwerfen.

Der Vertrag enthält zweierlei Verpflichtungen — einmal, daß die Vertragspartner sich verpflichten, den Frieden zwischen beiden Ländern durch keine Handlung zu verletzen, und dann, daß sie den Begriff »aufrichtiger Freundschaft« zum Maßstab ihrer Handlungsweise nehmen sollen.

Der Begriff des Friedens ist im Völkerrecht durch die Bestimmung der verschiedenen Arten von Kriegshandlungen — d. h. also mehr negativ — beinah fest umrissen. Der Begriff der Freundschaft hat dagegen bis jetzt keinen festen rechtlichen Inhalt erhalten<sup>2)</sup>. Sein etwaiger Rechtsinhalt kann nur aus der jeweiligen Situation entnommen werden, sein Sinn ist im Zusammenhang mit einer Reihe von Begleitumständen zu finden.

Es muß zunächst angenommen werden, daß die Regeln, die für die normalen Beziehungen zwischen den Staaten gelten, eine notwendige Voraussetzung der Freundschaft bilden. Diese Regeln sind in diesem Falle einmal die Bestimmungen der Völkerbundssatzung, da die beiden Partner Mitglieder des Völkerbundes sind. Während die Völkerbundssatzung für die normalen Beziehungen zwischen den Staaten die Unterlassung friedensstörender Handlungen seitens der Mitgliedstaaten des Völkerbundes zum Ausgangspunkt nimmt, geht der Freundschaftspakt, gemäß den Erklärungen des jugoslawischen Innenministers Dr. Korošec darüber hinaus und sieht auch eine Zusammenarbeit der bulgarischen und der jugoslawischen Armeen vor:

»En signant le pacte d'amitié perpétuelle les peuples bulgare et yougoslave, si proche l'un de l'autre s'engagent à marcher à l'avenir côte à côte et on ne verra plus jamais les deux armées les plus héroïques

<sup>1)</sup> La Parole Bulgare vom 4. II. 1936.

<sup>2)</sup> Der inhaltlichen Bestimmung des Begriffs der Freundschaft kommt eine besondere Bedeutung zu im Zusammenhang mit dem Art. 16 der Völkerbundssatzung und zwar im Falle der Anwendung von Sanktionen gegen einen Partner des Freundschaftspaktes.

du monde se dresser l'une contre l'autre. Même s'il le faut elles défendront désormais en commun leurs communes possessions.«<sup>1)</sup>

Neben den Bestimmungen der Völkerbundssatzung kommen jene Regeln und Bestimmungen in Betracht, die im Rahmen der Völkerbundssatzung durch Verträge mit anderen Ländern jeweils von einem der beiden Partner als verbindlich anerkannt worden sind, soweit sie die Zusammenarbeit auf dem Balkan zum Gegenstand haben und daher auf die bulgarisch-jugoslawischen Beziehungen von Einfluß sein können. In bezug auf Jugoslawien gehören hierher die Bestimmungen des Balkanpaktes und seiner Annexe.

Welches ist das Verhältnis zwischen den Verpflichtungen Jugoslawiens aus dem neuen Pakt und denen aus dem Balkanpakt?

Nach dem Balkanpakt garantieren sich die Vertragsstaaten gegenseitig die Sicherheit ihrer Balkangrenzen, d. h. also den territorialen Status quo auf dem Balkan, wie er durch die Friedensverträge festgelegt worden ist. Die territorialen Ansprüche Bulgariens auf Mazedonien (gegenüber Jugoslawien), auf Thrazien (gegenüber Griechenland), auf die Dobrudža (gegenüber Rumänien) und sich daraus möglicherweise ergebende Konflikte bilden also den hauptsächlichen Fall der Anwendung des Balkanpaktes.

Die durch den neuen Freundschaftspakt zwischen Bulgarien und Jugoslawien geschaffene Rechtslage ist also dahin zu verstehen, daß entweder Jugoslawien sich von seinen Verpflichtungen gegenüber seinen Verbündeten befreit, oder daß Bulgarien auf alle revisionistischen Bestrebungen verzichtet oder sie vorläufig zurückstellt. Das am 31. Dezember 1936 in Belgrad bekanntgegebene Kommuniqué besagt, daß Jugoslawien seine Partner aus der Balkanentente um ihre Zustimmung zu dem Abschluß des neuen Freundschaftspaktes mit Bulgarien ersucht hat<sup>2)</sup>. Diese Zustimmung hat Jugoslawien von seinen Partnern sicher nur unter der Voraussetzung erhalten, daß seine Verpflichtungen aus dem Balkanpakt gegenüber seinen anderen Partnern weiter ungeschmälert bestehen bleiben. Die späteren Erklärungen des jugoslawischen Ministerpräsidenten heben das auch ausdrücklich hervor.

Ist also anzunehmen, daß Bulgarien sich damit Jugoslawien gegenüber auch zu einer Anerkennung der Balkangrenzen seiner Verbündeten verpflichtet hat?

Die Auswirkung des neuen Paktes muß die sein, daß Bulgarien seine Streitigkeiten mit Jugoslawien ausschließlich auf friedlichem Wege zu lösen hat. Das Weiterbestehen der Verpflichtungen Jugoslawiens gegenüber seinen Verbündeten wird seinerseits zwangsläufig

<sup>1)</sup> La Parole Bulgare vom 26. I. 1937. L'Echo de Belgrade vom 27. I. 1937.

<sup>2)</sup> L'Echo de Belgrade vom 5. I. 1937, s. a. Journal des Nations v. 12. 2. 1937.

zu der Annahme führen, daß der Bereich der Angelegenheiten, die auf friedlichem Wege zu erledigen sind, dahin zu erweitern ist, daß auch die Streitigkeiten zwischen Bulgarien und Griechenland, Bulgarien und Rumänien, Bulgarien und der Türkei darunter fallen müssen. Eine solche Interpretation steht nun allerdings im Einklang mit dem Balkanpakt, aber offensichtlich im Widerspruch zu den bisherigen Bestrebungen und der ablehnenden Haltung Bulgariens, den Status quo auf dem Balkan durch einen Beitritt zu dem Balkanpakt anzuerkennen.

»Ein Balkanstaatsmann von besonders gründlicher Erfahrung und Objektivität« hat hinsichtlich des bulgarisch-jugoslawischen Freundschaftspaktes folgendes geäußert:

»Die verantwortlichen Politiker Jugoslawiens haben eingesehen, daß die einseitige Einstellung auf die Politik der Kleinen Entente Jugoslawien zu einer unliebsamen Isolierung führen würde. Deshalb war das Ziel Stojadinovitschs, freie Hand zu erhalten und die Stellung Jugoslawiens im Balkanbund zu konsolidieren. Für die bulgarische Regierung kam in Betracht, daß eine solche Abmachung die außenpolitischen Risiken Bulgariens einschränkt und seiner Sicherung dient. Von einem eigentlichen Pakt kann man nicht sprechen, sondern nur von einer allgemeinen Zusicherung, die Beziehungen beider Staaten auf einen freundschaftlichen Fuß zu stellen und außenpolitisch in der gleichen Richtung zu wirken. Zu welchem Zwecke dieses Instrument noch dienen kann, bleibt der Zukunft überlassen.«

Was die Rückwirkungen des bulgarisch-jugoslawischen Freundschaftspaktes auf die Balkanentente betrifft, fährt die gleiche Zeitung fort, sei der Staatsmann der Meinung, daß Rumänien und Griechenland zwar ihre Zustimmung gegeben haben, aber dabei von Bedenken nicht frei waren, weil der Balkanpakt den Status quo garantiert, eine Garantie von der Bulgarien frei ist. Ob und wie eine Anpassung der neugeordneten Beziehungen Jugoslawiens und Bulgariens an den Balkanpakt vorgenommen wird, müsse die Zeit lehren. »Auf jeden Fall aber wird Bulgarien an seiner grundsätzlichen und rechtlichen Einstellung zum Komplex der Gebietsfragen und des Friedensvertrages festhalten. Bei aller Bereitschaft Bulgariens, mit jedem Balkanstaat zweiseitige Verträge zu schließen, kommt ein allgemeiner Vertrag durch den es seine Einwände gegen den Friedensvertrag aufgeben würde nicht in Frage<sup>1)</sup>.«

Aus dem Wortlaut des Paktes allein ist diese Gegensätzlichkeit kaum zu lösen.

Abgeschlossen am 10. Februar 1937.

Lubenoff.

<sup>1)</sup> Berliner Tageblatt vom 3. 2. 1937.

## Anhang

**Statut für die Pressevereinigung der Staaten des Balkanpaktes.<sup>1)</sup>**

## PRESSE DE L'ENTENTE BALKANIQUE (P. E. B.)

## CHAPITRE I

## Definition

*Art. 1.* — La P. E. B. (Presse de l'Entente Balkanique) est une Union des Presses de la Grèce, de la Roumanie, de la Turquie et de la Yougoslavie.

## CHAPITRE II

## Buts

*Art. 2.* — La P.E.B. se propose, par une action unitaire et par les moyens les plus adéquats:

a) de travailler en vue d'une plus ample connaissance réciproque et d'un rapprochement des plus étroits entre les quatre pays, d'approfondir et d'affermir les relations amicales existant entre la Grèce, la Roumanie, la Turquie et la Yougoslavie et d'organiser une collaboration de plus en plus efficace entre les différents secteurs de l'activité des quatre pays.

b) de s'efforcer à rendre plus rapides les échanges d'informations de presse, en s'attachant à perfectionner les communications postales, télégraphiques, téléphoniques, radiotélégraphiques, ainsi que les transports aériens intéressants la presse des quatre pays. De même, d'obtenir l'envoi de correspondants de la part des grands journaux dans les capitales et les principales villes des pays de l'Entente Balkanique, afin de faciliter la collaboration des presses des quatre pays.

c) De développer le contact personnel entre les journalistes des quatre pays et d'organiser des voyages d'études tant collectifs qu'individuels dans les conditions les plus favorables à l'acquisition d'une connaissance approfondie des quatre pays, par la simplification des conditions d'entrée et de séjour dans chaque pays et par des facilités ferroviaires, fluviales, maritimes et aériennes.

d) De développer des relations littéraires, scientifiques, artistiques et touristiques entre les quatre pays, en publiant des livres de renseignements et de guides sur chaque pays, en organisant des conférences et des échanges de conférenciers, en patronnant des expositions, des concerts et toutes autres manifestations culturelles, ainsi que des réunions sportives.

e) D'aider à l'organisation d'associations balkaniques dans chaque pays.

f) De créer pour la jeunesse des Universités et autres écoles supérieures des quatre pays la possibilité d'étudier dans les pays de l'Entente Balkanique dans les meilleures conditions.

g) De prévenir la publication d'informations fausses ou inexactes, portant atteinte aux intérêts et à la sécurité des Etats et de nouvelles tendances de nature à provoquer la discorde entre les pays de l'Entente Balkanique. De prévenir de même les offenses ou les diffamations à l'égard des Chefs d'Etat et des Gouvernements des quatre pays; à cet effet, de puiser les informations sur les pays de l'Entente Balkanique aux sources mêmes.

<sup>1)</sup> Vom 13. VI. 1936; Les Balkans, vol. VIII, (sept. 1936) S. 95 ff.

h) De s'entr'aider contre les attaques injustifiées et les campagnes subversives par voie de presse ou toute autre publicité de la part des pays n'appartenant pas à l'Entente Balkanique et au besoin de prendre de commun accord des mesures pour se défendre contre ces attaques.

*Art. 3.* — Une entente préalable entre les Comités Nationaux de la P.E.B., en vue de déterminer une ligne de conduite commune dans les délimitations des organisations de presse internationales est à recommander.

*Art. 4.* — Une représentation commune des journalistes de la P.E.B. auprès de la S. d. N. serait désirable.

### CHAPITRE III

#### Organisation

*Art. 5.* — Les organes de la P.E.B. sont les suivants:

- a) Les quatre Comités Nationaux;
- b) Le Comité Central de la P.E.B.;
- c) La Conférence annuelle de la P.E.B.

*Art. 6.* — La P.E.B. est représentée dans chaque pays par un Comité National composé de six représentants, journalistes professionnels, d'un représentant du service officiel de presse, des attachés de presse respectifs ou de ceux faisant fonction d'attachés, ainsi que d'un représentant de l'Agence Télégraphique de chaque pays. Le mode de désignation des membres des Comités Nationaux est réservé à la presse des quatre pays, d'accord avec le service officiel de presse respectif.

Il est recommandé que la présidence, la vice-présidence et le secrétariat de chaque Comité National reviennent à des journalistes professionnels.

Des sections de spécialistes pourront être adjointes à chaque Comité National selon les besoins de l'application des statuts.

*Art. 7.* — Le Comité Central est formé des quatre présidents des Comités nationaux, des quatre secrétaires et des quatre représentants des services de presse de chaque pays. Il s'occupe de toutes les questions intéressant la P.E.B. en général. Il est convoqué par son président toutes les fois que la nécessité l'exige.

La présidence du Comité Central revient de droit au président du Comité National du pays où siège le Conseil Permanent de l'Entente Balkanique.

Jusqu'à la constitution des Comités Nationaux, le Comité National Provisoire Roumain assumera les attributions du Comité Central.

Les délégations réunies à Bucarest du 11 au 13 juin 1936, fonctionneront comme Comités Nationaux provisoires jusqu'à la constitution de ces Comités, qui doit avoir lieu jusqu'au 31 décembre 1936.

*Art. 8.* — La Conférence annuelle de la P.E.B. se réunit à tour de rôle dans le pays où a lieu la Conférence du Conseil Permanent de l'Entente Balkanique, à la même époque, sur convocation et sous la présidence du président du Comité National du pays où cette dernière se tiendra.

Le nombre des délégués de chaque Comité National à la Conférence annuelle ne pourra être inférieur au chiffre de quatre, dont le président ou le vice-président de chaque Comité National, le secrétaire, un membre au moins du Comité et le délégué du service de presse officiel.

Chaque Comité représenté dispose d'une voix. Les décisions seront adoptées à l'unanimité. La Conférence annuelle s'occupe de toutes les questions figurant à l'ordre du jour ainsi que des questions soumises au cours de la Conférence par les délégués, si les présidents des quatre Comités en acceptent la discussion.

## CHAPITRE IV

## Durée de la P.E.B. et modification des statuts

*Art. 9.* — La durée de la P.E.B. est illimitée. Elle ne peut être dénoncée qu'après un préavis d'un an notifié au Comité Central ainsi qu'aux trois autres Comités Nationaux.

*Art. 10.* — La Conférence annuelle a le droit de modifier les statuts.

Toute proposition de modification des statuts faite par un Comité National sera communiquée aux trois autres Comités Nationaux, au moins trois mois avant la réunion de la Conférence plénière annuelle.

Le Comité Central a le droit de convoquer une Conférence extraordinaire au cas où les quatre Comités Nationaux jugeraient nécessaire une révision des statuts.

## CHAPITRE V

## Elargissement de la P.E.B.

*Art. 11.* — Si un autre Etat balkanique en dehors de ceux qui constituent à l'heure actuelle l'Entente Balkanique, adhère à celle-ci, la Presse de cet Etat pourra adhérer à la P.E.B.

Une Conférence extraordinaire de la P.E.B. sera convoquée, afin de prendre en considération la demande d'adhésion.

## Chronik der Staatsverträge

### I. Politische Verträge

Das am 25. November 1936 zwischen dem *Deutschen Reich* und *Japan* unterzeichnete — im Anhang abgedruckte — *Abkommen gegen die Kommunistische Internationale* <sup>1)</sup> sieht eine Zusammenarbeit der Vertragspartner vor, die sich, wie sowohl von deutscher wie von japanischer Seite erklärt worden ist, gegen keinen dritten Staat, sondern als reine Abwehrmaßnahme lediglich gegen die zersetzende Tätigkeit der Komintern richtet <sup>2)</sup>, von der sich die Regierung der Sowjetunion ja immer distanziert hat <sup>3)</sup>. Wie diese Zusammenarbeit gedacht ist, geht aus einer Erklärung des japanischen Außenministers Arita hervor, nach der

<sup>1)</sup> RGBl. II 1937, S. 28.

<sup>2)</sup> Erklärung der deutschen Reichsregierung durch Dr. Goebbels vom 25. 11. 1936: DAZ. vom 26. 11. 1936; Erklärung der japanischen Regierung vom gleichen Tage: Berliner Börsen-Ztg. vom 26. 11. 1936.

<sup>3)</sup> Der Botschafter der Sowjetunion in Tokio hat die ihm von der japanischen Regierung gegebenen Erläuterungen zu dem Abkommen im Namen seiner Regierung für unbefriedigend erklärt und hinzugefügt, daß das Abkommen über den Kampf gegen den Kommunismus nur der Deckmantel für ein anderes, nicht veröffentlichtes deutsch-japanisches Abkommen sei, das sich gegen einen dritten Staat richte (Izvestija vom 21. 11. 1936).